

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lara **Brukner**, Kolleginnen und Kollegen (**Weiß**)
betreffend **Abmeldung vom Religionsunterricht ab dem 14. Lebensjahr**

Die Schülerinnen und Schüler sind oft nicht über ihr Recht auf Abmeldung vom Religionsunterricht informiert. Es wird gelegentlich die Auffassung vertreten, dass es hier einer Abklärung mit den Eltern bzw. Schulleiter/in bedarf. Es soll den Schülerinnen und Schülern klar vermittelt werden, dass es keiner Einwilligung der Erziehungsberechtigten bedarf.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine gesetzliche Verpflichtung vorzusehen, dass Schülerinnen und Schüler über ihr Recht auf Abmeldung vom Religionsunterricht ab dem 14. Lebensjahr entsprechend zu informieren sind.